

21. Gesamtverteidigung - Umsetzung Operationsplan Deutschland

Ergebnisse 21. Clausewitz-Strategiegespräch I / 2025

19. Mai 2025, 18:30 Uhr, Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund

Luisenstraße 18, 10117 Berlin-Mitte

Vorbemerkung

Die Clausewitz-Strategiegespräche werden durch die Deutsche Atlantische Gesellschaft e.V., die Clausewitz-Gesellschaft e.V. und die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund seit 2010 in Berlin durchgeführt. Das erste Clausewitz-Strategiegespräch in diesem Jahr hat die Frage erörtert, wie der Stand der Umsetzung des Operationsplan Deutschland (OPLAN DEU) ist, in welchem Maße sich die betroffenen Behörden und Dienste auf die damit einhergehenden Herausforderungen eingestellt haben und welche Erfahrungen aus der bisherigen Umsetzung das künftige Vorgehen beeinflussen werden.

Der OPLAN DEU ist eine Reaktion auf die veränderte sicherheitspolitische Lage in Europa. Er führt die zentralen militärischen Anteile der Landes- und Bündnisverteidigung in Deutschland mit den dafür erforderlichen zivilen Unterstützungsleistungen in einem operativ ausführbaren Plan zusammen. Er trifft damit die planerische Vorsorge dafür, dass im Krisen- und Konfliktfall nach erfolgter politischer Entscheidung zielgerichtet und im verfassungsrechtlichen Rahmen gehandelt werden kann. In ihm werden Verfahren, Abläufe und Zuständigkeiten festgelegt, um gemeinsam mit anderen staatlichen und zivilen Akteuren Deutschland, dessen territoriale Integrität und seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu verteidigen sowie den Aufmarsch der alliierten Streitkräfte über und durch Deutschland an die NATO-Ostflanke sicherzustellen. Das Ziel ist die schnelle und koordinierte Handlungsfähigkeit über alle Ressort- und Ländergrenzen hinweg.

Die Ergebnissicherung fasst die wesentlichen Ergebnisse der Impulsvorträge und der Diskussion im Rahmen des ersten Clausewitz-Strategiegesprächs 2025 zusammen.

1. Lagebewertung

Es bestand Übereinstimmung, dass sich die Bedrohungslage nicht grundsätzlich verändert hat und dass Russland sein Potenzial für einen großmaßstäblichen Krieg gegen die NATO und ihre Mitgliedstaaten weiter ausbaut. Hybride Bedrohungen haben in Qualität und Quantität zugenommen. Sie zielen vorrangig auf die deutsche kritische Infrastruktur und auf unseren Abwehrwillen. Allerdings ist die Urhebererschaft der Aktivitäten schwer zuzuordnen.

2. Stand der Umsetzung

Der OPLAN DEU, militärischer Anteil der Gesamtstaatlichen Verteidigung, ist ein lebendes Dokument, das fortlaufend und lageorientiert angepasst wird. Die 2. Iteration wurde zu Ostern 2025 abgeschlossen, Anpassungen und eine stetige Weiterentwicklung werden mit Hochdruck fortgeführt. Von großer Bedeutung ist und bleibt die die Verortung und eindeutige Regelung von Zuständigkeiten (Wer? Tut was? Wann, Wie? Wozu?), um eine erfolgreiche Umsetzung insbesondere mit anderen staatlichen und zivilen Akteuren sicherzustellen. *(Anmerkung: der OPLAN DEU ist weitgehend als Verschlussache eingestuft).*

In den weiteren Iterationen des OPLAN DEU wird es darauf ankommen, Alternativplanungen zu erarbeiten. Dabei werden unter Einbindung der Länder vorrangig die Kommunen die Ansprechpartner für die militärischen Planer sein, wenn es darum geht, die kritische bzw. verteidigungswichtige Infrastruktur vor Ort zu identifizieren und ein Sicherungskonzept zu entwickeln, aber auch wenn es darum geht, zivil-hoheitliche mit zivil-gewerblichen Unterstützungsleistungen festzulegen und verlässlich zu koordinieren. In allen planerischen Überlegungen wird davon ausgegangen, dass aktive Truppe für Sicherungs- und sonstige Aufgaben im Rahmen der OPLAN DEU kaum oder nur in einem geringen Umfang zur Verfügung steht.

Derzeit ist ein großes Interesse von Industrie und Wirtschaft hinsichtlich der Aktivitäten im Rahmen des OPLAN DEU erkennbar. Dabei geht es vorrangig um zwei Kernfragen: (1) Wie und in welchem Umfang kann trotz kriegerischer Handlungen Normalität für die Bevölkerung aufrechterhalten werden? (2) Wer schützt mit welchen Mitteln die kritische Infrastruktur, die nicht als verteidigungswichtig klassifiziert worden ist?

Der OPLAN DEU ist mittlerweile als bedarfsbegründende Unterlage anerkannt und wirkt sich auch auf die inhaltliche Gestaltung im Infrastrukturlpaket der Bundesregierung aus. Das trifft insbesondere auf die Priorisierung der Modernisierungsvorhaben zu.

3. Prinzipien und Erkenntnisse

Gute Vorbereitung und Planung sind das „A&O“, um krisenhaften Entwicklungen entgegenzutreten und katastrophale Ereignisse bewältigen zu können. Resilienz und die damit verbundenen Konsequenzen für den Vorbereitungsaufwand und Abläufe müssen auf allen Ebenen verstanden werden. Das „just- in-time“-Prinzip, das die Optimierung von Produktionsprozessen in Industrie und Wirtschaft dominiert, kann im Bereich der Sicherheitsvorsorge nicht erfolgversprechend angewendet werden.

Übereinstimmend wurde festgestellt, dass Deutschland hinsichtlich seiner Resilienz nicht angemessen aufgestellt ist. Das trifft den Bereich Personal zur Krisenbewältigung, der in den vergangenen Jahren erheblich reduziert worden ist, ebenso wie den Bereich Material, in dem Wartungsintervalle verlängert wurden und breitflächige Modernisierung ausgeblieben ist.

Nicht nur der Katastrophenschutz auch die zivile Verteidigung ist im Lauf der Jahre abgerüstet worden und bedarf des Wiederaufbaus in allen Bereichen (Inneres, Verkehr, Vorsorge- und Sicherstellungsgesetze). Zivile Alarmpläne liegen zwar im Grundsatz vor, müssen aber ausgeplant und der Lage angepasst strukturiert werden.

Verbesserungspotenzial liegt nicht nur in der Anpassung der Planung, der materiellen Modernisierung und der personellen Aufstockung. Sicherheitsbewusstsein und Sicherheitsverständnis sind auf allen Ebenen zu schärfen. Die Tatsache, dass derzeit in Deutschland 60% der IT und Telekommunikationsnetze von einem Nicht-EU bzw. Nicht-NATO Land betrieben werden zeigt, dass hier noch ein weiter Weg zu gehen ist. Im Bereich politischer und fachlicher Führung muss die Verantwortungsdiffusion beendet werden und es bedarf mehr Mut zur Entscheidung. Mitzeichnungsverfahren können keine krisenhaften Ereignisse bewältigen. Als gute Beispiele können in dieser Hinsicht die Vorgehensweisen von Italien und Finnland dienen.

4. Handlungsbedarf

Der OPLAN DEU ist der militärische Teil der Gesamtstaatlichen Verteidigung. In diesem Kontext werden u.a. auch hybride Bedrohungen im Zusammenhang mit militärischen Aktivitäten berücksichtigt. Darüber hinaus gibt es aber wesentlich mehr nicht-militärische Risiken, die noch auf ihre Erfassung und Beschreibung warten. Das betrifft auch aus dem Klimawandel entstehende Risiken und krisenhafte Entwicklungen. Der Handlungsbedarf erstreckt sich daher auf das Herstellen einer allgemeinen Resilienz, die auch die in Deutschland ansässigen Unternehmen einbezieht. Zudem ist eine kritische Prüfung erforderlich, ob Innere und Äußere Sicherheit noch trennscharf betrachtet werden können und ob die juristischen Rahmenbedingungen des Friedens in der aktuellen hybriden Bedrohungslage noch tragfähig sind.

Die Großschadenslagen der Vergangenheit (u.a. Hochwasserkatastrophen) konnten mit dem deutschen lokalen Ansatz grundsätzlich bewältigt werden. Die absehbaren Herausforderungen machen jedoch eine größere Leistungsfähigkeit – auch über Landesgrenzen hinweg – und eine effizientere Koordinierung erforderlich. Die vielfältigen Vorteile des deutschen föderalen Systems können bei diesen überörtlichen Großschadenslagen durch die „Versäulung“ der Fachbereiche auf politischer und exekutiver Ebene sogar zum Hemmnis werden, insbesondere wenn rasch entschieden, zentral und übergreifend gesteuert und abgestimmt gehandelt werden muss. Ein Beispiel für eine akute Regelungslücke ist das Fehlen von Sicherstellungsgesetzen für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung (Krankenhäuser). Derzeit mangelt es vor allem an einem ad-hoc verfügbaren, übergeordneten Instrumentarium zur Lagefeststellung, Schwerpunktsetzung und zentrale Steuerung, welches die vorhandenen örtlichen Strukturen komplementär ergänzt.

Grundsätzlicher Handlungsbedarf wurde vor diesem Hintergrund auf drei Ebenen identifiziert:

- Politisch-konzeptionell
Sicherheitsvorsorge sollte nicht nur die klassische Gesamtverteidigung gegen einen Angriff von außen, sondern künftig auch überregionale Großschadensereignisse erfassen, die nicht

militärischen Ursprungs sind. Dieser Ansatz erfordert eine Erweiterung der nationalen Sicherheitsstrategie, die Festlegung von entsprechenden Befugnissen eines nationalen Sicherheitsrats und eines ergänzenden Führungssystems zum Top-Down Handeln im föderalen System. Möglicherweise sollte auch die Einrichtung eines neuen Bundestagsausschusses für diese ganzheitliche Sicherheit ins Auge gefasst werden.

- Praktisch-operationell

Zeitgleich zu den politisch-konzeptionellen Veränderungen muss auf der praktisch operationellen Ebene gehandelt werden, ohne auf den Abschluss politischer Vorgaben zu warten. Vordringlich muss eine Priorisierung erfolgen auf welche Krisen und Szenarien wir uns konkret vorbereiten müssen. Ähnlich dem OPLAN DEU können dann Bedarfsforderungen (Personal, Material, Infrastruktur, Organisation) zur Bewältigung dieser Krisen ermittelt und haushaltsbegründend geltend gemacht werden. Das beinhaltet in einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz – ähnlich wie im OPLAN Deutschland - die eindeutige Regelung der Zuständigkeiten (Wer? Tut was? Wann, Wie? Wozu?).

- Kommunikation mit der Bevölkerung

Die Bevölkerung muss besser, klarer und umfassender informiert werden über die Risiken, die aus hybriden Bedrohungen und überörtlichen Großschadensereignissen erwachsen. Die umfassende Information schließt eine offene Unterrichtung über die Kosten einer wirksamen Krisenvorsorge mit ein. Nur durch eine entsprechende Aufklärung werden die mit der Vorsorge verbundenen Lasten und Erfordernisse einsichtig und nur so können erforderliche Einschnitte im Sozialstaat und eines verpflichtenden Gesellschaftsdienstes nachvollziehbar begründet und Verständnis und Akzeptanz bei den Betroffenen erzeugt werden. Damit kann auch die Einsicht wachsen, dass Katastrophenschutz nicht vor der Katastrophe schützt, sondern in der Katastrophe und dass Eigenvorsorge der Bevölkerung daher eine tragende Säule der Krisenvorsorge bleiben wird, zumal der Staat sich auch künftig nicht um jeden Einzelnen kümmern kann.

Fazit

Das Clausewitz-Strategie Gespräch I / 2025 hat das Thema „Gesamtverteidigung - Umsetzung Operationsplan Deutschland“ aus militärischer und zivil-hoheitlicher Perspektive betrachtet und einen Einblick in den Stand der Aktivitäten, den identifizierten Handlungsbedarf und das weitere Vorgehen vermittelt. Übergreifende Erkenntnis war, dass professionelle Krisenvorsorge Vertrauen in die Institutionen des Staates und ihre Lösungskompetenz schafft und damit auch in die demokratische Verfassung unseres Staatwesens.

Als Thema für das zweite Clausewitz-Strategiegespräch, das am 06. Oktober 2025 wiederum in Berlin stattfinden wird, wurde angekündigt: „Die neue Militärstrategie Deutschlands und Folgerungen für die Personalstruktur der Bundeswehr“.